



# Willkommen!

Der Grundgesetzgipfel, kurz **3G-Gipfel.de** genannt, beschäftigt sich mit der Thematik des Integrationsgipfel-Impulspapiers, welches am 14.11.2016 der Bundesregierung vorgestellt wurde.

Hier werden Vergleiche der Inhalte der aktuellen Rechtsprechung des **Grundgesetzes (GG)** mit den Forderungen des Integrationsgipfels hergestellt.



## Ist dies unsere Zukunft?

Es ist ein Impulspapier mit vielen Inhalten, welches Fragen aufwirft, welches in der weiteren Zukunft tief einschneidende Folgen und Veränderungen der heutigen Grundlage unserer bisherigen Lebenskultur nach sich zieht.

Von Vielen unbeachtet fand am 14. November 2016 der 9. Integrationsgipfel statt. Frau Merkel hatte geladen und die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Staatsministerin Aydan Özoğuz und etliche der bundesweit aktiven Migrantenvverbände erschienen.



## Ein erster Kurzüberblick:

Sie hatten ein von ihnen ausgearbeitetes Impulspapier im Gepäck, welches aufgrund seiner Brisanz ein sehr viel größeres Medienecho verdient gehabt hätte.

Der Grundgedanke der diesem Impulspapier innewohnt, ist eine Änderung unseres Grundgesetzes, in der Form einer Ergänzung. Und zwar soll das deutsche Grundgesetz um einen Artikel 20b ergänzt werden, mit folgendem Wortlaut:



„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein vielfältiges Einwanderungsland. Sie fördert die gleichberechtigte Teilhabe, Chancengerechtigkeit und Integration aller Menschen.“



## Ein erster Kurzüberblick:

Was auf den ersten Blick für viele nicht dramatisch erscheinen mag, hat aber sehr große Sprengkraft in sich.

In dem gesamten 28-seitigen Papier geht es primär nicht um Integration sondern um Übernahme.

In der Wirtschaft würde man in diesem Fall und bei den in diesem Papier formulierten Forderungen von einer "feindlichen Übernahme," sprechen.



## Ein erster Kurzüberblick:

Es wird blumig umschrieben, die de facto Auflösung der bestehenden Bundesrepublik, welche laut Grundgesetz aus einem deutschen Staatsvolk besteht, gefordert. Dieses sollte künftig durch die Weltbevölkerung ersetzt werden.

Weiter heißt es:



## Ein erster Kurzüberblick:

"Dadurch wird in der Verfassung (GG) verankert, dass Deutschland ein vielfältiges Einwanderungsland ist und alle staatlichen Ebenen zur Umsetzung dieses Staatszieles verpflichtet sind".



## Zielstellung

des **3G-Gipfels.de** ist es, die Notwendigkeit der geforderten GG-Änderungen zu beleuchten und Fragen mit Blick in die Zukunft zu stellen.

Eine Gegenüberstellung der aktuellen Situation und des geforderten neuen Impulspapier des Integrationsgipfels ist hierbei unerlässlich.

Verschiedenste Punkte, auch aktueller Bundestagsdebatten werden ebenso thematisiert, sofern sie die aktuelle Rechtslage für die Zukunft mehr oder minder erheblich beeinflussen oder ändern wollen bzw. werden.





## Zielstellung des 3G-Gipfel.de

Aufklärung der Bürger über politische Veränderungen.  
Beantwortung der Fragen:

Reicht das derzeitige GG aus um eine Integration zu ermöglichen?

Ist Integration eine "Bringschuld"?

Welche Veränderungen durch gesetzliche Maßnahmen wirken sich in welchem Umfang auf die heutige Gesellschaft aus?

Bedarf es einer neuen "Leitkultur"?



## Der Weg zum Ziel

Die eben genannten Fragen sinngemäß und einige mehr, haben wir per Mail im Dezember 2016 an die Bundestagsabgeordneten gesandt.

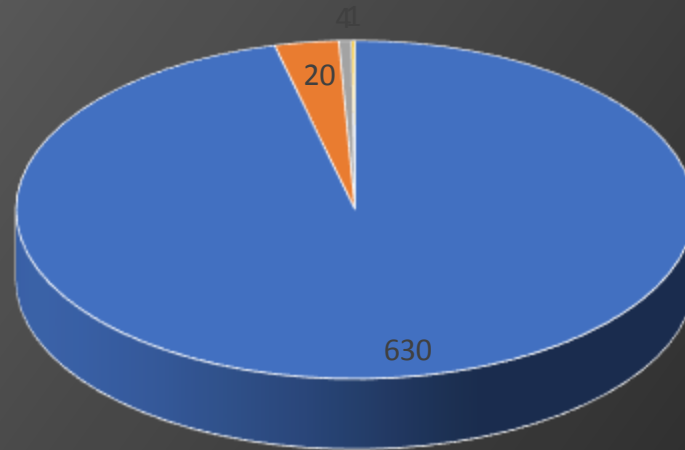
Die Antworten hierzu führen zu folgendem zusammengefasstem Ergebnis:

- Desinteresse der Bundestagsabgeordneten
- Fehlende Bürgernähe und Nichtbeantwortung
- Überforderung mit dem Inhalt
- Unkenntnis zu dem Inhalt
- Wichtiger Wer fragt, anstatt Was gefragt wird



# Der Weg zum Ziel bildlich aktuell:

## 3G-Gipfel Antworten Bundestag



■ Ohne Antwort

■ Desinteresse/Überforderung

■ Wer statt Was?

■ inhaltliche Antwort



## Ein erster Kurzüberblick:

Diese Grundgesetzergänzung ist als erster Punkt innerhalb der 4 umfassend erläuterten "Veränderungsziele" erwähnt, um sicher zu gehen, dass alles andere was darauf aufbauen soll auch umgesetzt werden muß.

Die „Veränderungsziele“ im Einzelnen:



# Die Veränderungsziele im Einzelnen:

## 1. Vielfalt und Teilhabe als gelebte Grundüberzeugungen

- Interkulturelle Öffnung in Organisationen und Institutionen wird Chefsache  
= *gesetzlich verpflichtend?!*
- Verabschiedung Bundespartizipierungs- und Integrationsgesetzes  
= *steht bereits auf Seite 74/75 des Koalitionsvertrages der CDU/SPD aus 2013!!!!*
- Ausweitung Antidiskriminierung auf Ethnizität und positive Diskriminierung  
= *es folgt somit bereits ein Eingriff in das AGG?!*



# Die Veränderungsziele im Einzelnen:

## 2. Teilhabe bei der interkulturellen Öffnung

- Einbindung von Migrantenorganisationen in Gesetzgebungsverfahren,  
= *ist hier eine verdeckte Legitimation gefordert?!  
Dem Bürger überstellt?!*
- Unterstützung und Förderung dieser durch Professionalisierung und Bereitstellung ausreichender Strukturfördermittel  
= *die Finanzierung gleich zwingend mit vorgegeben?!*
- Nationaler Rat zur interkulturellen Öffnung  
= *kann ein nationaler Rat existieren, wenn die Nationalität gerade zur Internationalität wird?!*



# Die Veränderungsziele im Einzelnen:

## 2. Teilhabe bei der interkulturellen Öffnung

- Unterstützung durch den Staat beim Aufbau der Professionalisierung der Migrantenorganisationen
- Bereitstellung finanzieller Mittel auf Bundes-, Landesebene; Einführung von Regelförderungen
- Zertifizierung von Migrantenorganisationen als legislative Antidiskriminierungsbeauftragte inklusive Anschubfinanzierung

***Es erweckt der Gedanke, es ginge nur um Macht und Geld!!!!!!***



## Die Veränderungsziele im Einzelnen:

### 3. Gleichberechtigte Teilhabe in Entscheidungsfunktionen

- Zielquoten und -korridore für Führungskräfte, speziell der Bundesverwaltung, Erfüllung der Quoten ist verpflichtend  
= *Anpassung §5 Gleichbehandlungsgesetz?!*
- Anonymisierung im Bewerbungsverfahren  
= *heißt Einstellung nach Ethnie/Herkunft und nicht nach Qualifikation*
- Stärkung des politischen Engagement der Migranten
- Diskriminierungsmonitor am Arbeitsmarkt
- Öffnung (Quote) für Migranten im Medien-/Kulturbereich





## Die Veränderungsziele im Einzelnen:

### 4. Gleichberechtigte Teilhabe an Leistungen

- Antidiskriminierungsstellen in Gesetzesvorhaben einbeziehen und finanziell ausstatten,
- Ombudsstellen mit Vertrauenspersonen der Migrantorganisationen besetzen
- Interkulturelle Standards sind verpflichtend einzuhalten anhand von Kennzahlen
- Einsatz und Ausbildung interkultureller Lotsen
- Mehrsprachangebot, bundesweite Dolmetscherdienste
- Verstärkung der Angebote der Flüchtlingshilfe und Ausbau der Selbstorganisation der geflüchteten Menschen



## Zusammenfassung:

Man kann sagen, dass es sich um eine sehr tiefgreifende Veränderung handelt,  
zum Nachteil der Deutschen.

Deutschland und die Deutschen haben sich Denen anzupassen, die (neu) ins Land "einwandern".

Das Wort Flüchtling soll komplett aus dem Wortschatz verschwinden.



## Zusammenfassung:

Es fällt auf,  
dass in dem gesamten Impulspapier  
nur Forderungen  
gestellt werden,

nie  
ist die Rede davon,  
das jene Zugewanderte auch  
etwas an die Gesellschaft,  
an Deutschland,

zurückzugeben bereit sind.



## Zusammenfassung:

Und es gibt eine - wenn auch versteckte - unverhohlene Drohung gegen all Jene, die nicht bereit sind, diese Forderungen umzusetzen:

*"Wir werden all jenen vehement entgegentreten, die unsere selbstverständliche Zugehörigkeit zur Einwanderungsgesellschaft und unseren Teilhabeanspruch in Frage stellen."*

*und*



## Zusammenfassung:

"Wir werden unsere Vorschläge  
kontinuierlich ...  
und wo nötig  
auch  
mit Nachdruck  
einbringen."



## Zusammenfassung:

Sollten sie diese Grundgesetzänderung durchsetzen können, hätten sie dann auch alle rechtlichen Möglichkeiten dazu.

Wir sollen  
unser Grundgesetz ändern,  
Geld bereitstellen und  
Quoten schaffen ...

was werden denn die Zuwanderer beitragen?



## Zusammenfassung:

Getreu ihrem selbst ausgegeben Credo, sie wollen

"Haben und Sagen".

nicht aber

"Geben und Zuhören".



## Zusammenfassung:

Im Kern geht es um die tiefgreifende Veränderung der Bundesrepublik Deutschland zum erheblichen Nachteil der "Menschen, die schon länger hier leben", wie die Deutschen inzwischen genannt werden, weil für die deutsche Bundkanzlerin das Wort "Deutsch" zum Unwort geworden ist.

Deutschland hat sich nach Denen zu richten, die neu ins Land einwandern. Die Präambel des Grundgesetzes spricht aber nicht von "Denen, die schon länger hier leben", sondern eindeutig vom "Deutschen Volk", welches sich im "Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen" das Grundgesetz als rechtliche Grundlage des deutschen Staates gegeben hat.





## Zusammenfassung:

Überdies fällt bei Lektüre des Impulspapieres auf, dass die Migrantenorganisationen nur Forderungen stellen, aber nicht einen Gedanken entwickeln, was sie ihrerseits der Gesellschaft geben wollen. Es geht ihnen einzig um das "Haben und Sagen", nicht aber um das "Geben und Zuhören".

Denjenigen, die dieses neue Staatsziel nicht ohne Diskussion, wie es eigentlich guter demokratischer Brauch ist, akzeptieren, wird in dem Papier mehrfach unmissverständlich gedroht.



## Zusammenfassung im Heute

Zitat des Artikels vom 14.02.2017 in der Welt:

..."Eine Kommission unter Leitung der Integrationsbeauftragten Aydan Özoguz hat ein Leitbild für Deutschland erstellt. Doppelte Staatsbürgerschaft und kommunales Wahlrecht sollen Teilhabe erleichtern." ...

**D**eutschland ist zwar kein klassisches Einwanderungsland wie die USA, Kanada oder Australien. Aber innerhalb weniger Jahrzehnte ist es zum Einwanderungsland geworden, dessen Bevölkerung ohne Zuzug von außen schon auf 60 Millionen Menschen geschrumpft wäre.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article162070856/Oezoguz-fordert-Wahlrecht-fuer-Migranten-ohne-deutschen-Pass.html>



## Zusammenfassung im Heute

Ob die Diskurse zur Abschiebung nicht eher dem Einbetten der Änderungen des GG-Änderungsversuches eine gute Basis bieten? Achtet bitte auf die Thematik, Abschiebungsdiskussionen und dafür ein Gesetz beginnen?

Bundespartzipationsgesetz?

Aus dem Koalitionsvertrag 2013 damit begründen, dass das Impulspapier des Integrationsgipfels nun eingefügt wird?????

Hierzu ein Artikel der „bundesdeutschen Zeitung“:



## Zusammenfassung im Heute

Die Zahl der freiwilligen Rückkehrer ist bereits gestiegen. Deshalb ist es richtig, dass Merkel Rückkehrprogramme finanziell besser ausstatten will. So schafft man Perspektiven für die Menschen in ihren Heimatländern und sorgt für weniger Migrationsdruck. Freiwilligkeit vor Zwang, dieser Grundsatz muss bleiben. Aber es wird eben auch Zwang geben müssen, mehr als bisher. Offensichtlich hat die Kanzlerin aber zunächst einmal lernen müssen, dass zwischen Theorie und Praxis ein großer Unterschied besteht. In der Theorie ist es leicht zu sagen, wer nicht bleiben darf, der muss gehen, die Umsetzung ist aufgrund der föderalen Strukturen weitaus schwieriger. Von den menschlichen Schicksalen mal ganz abgesehen. Merkel steht in dieser Frage politisch extrem unter Zugzwang.

### **Unter Zugzwang: Merkels Abschiebe-Programm**



## Zusammenfassung im Heute

Ein Artikel der es in sich hat!!!!

Der Artikel an sich schon explosiv im Inhalt – vom 31.01.2017:





# Zusammenfassung im Heute

**BEAMTE MIT MIGRATIONS Hintergrund** 31.01.2017

## Wie steht es um die Vielfalt bei der Polizei?

Eine bundesweite Umfrage des MEDIENDIENSTES zeigt: Unter neu eingestellten Polizeibeamten sind Menschen aus Einwandererfamilien deutlich unterrepräsentiert. Es gibt aber auch positive Trends: Viele Bundesländer sind bemüht, mögliche Bewerber mit Migrationshintergrund gezielt anzusprechen.



F Empfehlen



Tweet



+1

In den meisten Bundesländern liegt der Anteil der neu eingestellten Polizisten mit Migrationshintergrund weit unter dem der Landesbevölkerung. Zwei Beispiele: In Schleswig-Holstein hatten 2016 lediglich 3,5 Prozent der neuen Polizisten einen Migrationshintergrund. In der Landesbevölkerung waren es gut 13 Prozent. In Nordrhein-Westfalen waren unter den neu Eingestellten nur knapp 12 Prozent aus Einwandererfamilien, im Vergleich zu fast 26 Prozent in der Bevölkerung.

MEDIEN  
DIENST  
MIGRATION

**INFORMATIONSPAPIER:**  
Wie steht es um die  
Vielfalt bei der Polizei?



## Zusammenfassung im Heute

Neben den Inhalten an sich, zusätzlich zu betrachten ist die Seite des Herausgebers - "Mediendienst-Integration" (<http://mediendienst-integration.de/impressum.html>)

ist dies bereits die Umsetzung des Punktes des Integrationspapieres



## Zusammenfassung im Heute

- ❖ **Interkulturelle Öffnung im Medien-/Kulturbereich:** Die Einwanderungsgeschichte und visible Minderheiten in Deutschland sollen sichtbarer und alltäglich werden. Im Rahmen eines alle zwei Jahre erscheinenden Fortschrittberichts sollen Verbände der Privatsender und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zur Umsetzung von Maßnahmen ihrer interkulturellen Öffnung berichten – mit dem Ziel, dass Quoten in Medienräten festgelegt und insbesondere Ausbildung und Einsatz von Journalist\*innen und Redakteur\*innen mit Einwanderungsgeschichte transparent gemacht werden. Das ist ein zentraler Hebel, um vielfältige Berichterstattung zu befördern. Das gilt auch für Vielfalt als Normalität im fiktionalen Bereich. Von beidem brauchen wir sehr viel mehr. Weitere Selbstverpflichtungen im Kulturbetrieb können diesen Prozess unterstützen. Darüber hinaus soll eine Ombudsperson für Diskriminierung in Einstellungsprozessen und Berichterstattung bei den Sendern benannt werden.





## Zusammenfassung im Heute

Das Impressum sagt weiter aus, dass dieser Mediendienst wiederum durch den "Rat für Migranten" (<http://www.rat-fuer-migration.de/index.php?ID=27>) wirkt - hier die Umsetzung des Integrations-Impulspapiers zum "Nationaler Rat zur Interkulturellen Öffnung,,?"

- ❖ **Nationaler Rat zur interkulturellen Öffnung:** Dem Beispiel des „Nationalen Ethikrats“ folgend, soll auf Bundesebene ein entsprechendes Gremium „Nationaler Rat zur interkulturellen Öffnung“, bestehend aus Fachexpert\*innen und Vertreter\*innen von Migrant\*innenorganisationen und weiteren zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen, auf gesetzlicher Grundlage etabliert werden.



## Was können wir tun?

Die Gesetzesänderung des § 80 StGB (Vorbereitung eines Angriffskrieges) bspw., ist an uns ALLEN vorbeigegangen!

Der Bundestag hat Mitte Dezember 2016  
der Gesetzesänderung ab 01.01.2017 zugestimmt!

Bemerkt hat es kaum Einer!

Inwieweit die Verschiebung aus dem nationalen Strafrecht ins  
Völkerrecht eine Bedeutung hat (der §80 StGB wurde in den §13  
Völkerstrafrecht als internationales Recht verschoben),  
werden Juristen näher betrachten müssen,  
wir können nur darauf aufmerksam machen!



## Was können wir tun?

Lasst uns endlich beginnen, solch wichtigen Sachverhalte nicht mehr unbemerkt geschehen zu lassen!  
Informiert Euch und handelt!

Für das Projekt „3G-Gipfel.de“ bitten wir Euch, das Thema weiterzutragen. Gern könnten Veranstaltungen in Vortragsform Auch in Eurer Region statt finden. Möchtet Ihr selbst als Referent das Thema nutzen, stellen wir Euch diese Präsentation und anderes Material gern zur Verfügung!



*Ganz neu wird es vorgestellt als Leitfaden und Agenda- von der Friedrich-Ebert-Stiftung*

*Wir nennen es Impulspapier 2.0:*

**VORSITZENDE**

**Staatsministerin Aydan Özoğuz**, MdB, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

**KO-VORSITZENDE**

**Prof. Dr. Herbert Brücker**, Humboldt Universität zu Berlin, Universität Bamberg und Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit  
**Farhad Dilmaghani**, Staatssekretär a.D. und Vorsitzender von DeutschPlus e. V.





## DEUTSCHLAND IST EIN EINWANDERUNGSLAND

Immer wieder hat sich die Zusammensetzung der Bevölkerung auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland durch Einwanderung, Flucht und Arbeitsmigration verändert. Die deutsche Gesellschaft ist heute so vielfältig wie wohl niemals zuvor. Die Haltungen der Bevölkerung dazu sind höchst unterschiedlich: Während die einen die Potenziale dieser Vielfalt erkennen und für die Gestaltung von Gesellschaft und Demokratie nutzen, fürchten andere den Verlust von Identität und vertrauten Werten. Offenkundig gibt es keine klare Akzeptanz sowohl von Einwanderung als auch von Vielfalt. Deswegen wurde von der Kommission dieses Leitbild entwickelt. Es beschreibt eine Einwanderungsgesellschaft, die niemanden ausschließt und zum Wohle aller gestaltet werden kann. Dies wird auch gelingen, wenn viele daran mitwirken.



### DAS GRUNDGESETZ IST DIE BASIS

Die Achtung der Menschenrechte, die Einbettung Deutschlands in die Europäische Union und der Respekt vor der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sind Grundpfeiler, auf denen die Einwanderungsgesellschaft ruht. Hierfür ist das Grundgesetz die rechtliche Basis. Es geht von der gleichen Würde und der gleichen Freiheit jedes Einzelnen aus und sichert deren Schutz.

Das Grundgesetz ermöglicht seit mehr als 70 Jahren allen Bürgerinnen und Bürgern ungeachtet ihrer Herkunft, Religion und Lebensweise ein gleichberechtigtes Miteinander. Einige Inhalte haben sich in den vergangenen Jahrzehnten verändert, manches wird heute anders ausgelegt. Um die Weiterentwicklung und Interpretation des Grundgesetzes wird gerungen und muss gerungen werden. Das hält unsere Verfassung und unsere Demokratie lebendig.



Der „3G-Gipfel“ ist ein Projekt des Vereins  
***„Zukunft braucht Bildung e.V.“***

Gericht:  
Amtsgericht Dresden

Handelsregister-Nummer:  
VR 8947

Gründungsdatum:  
17.02.2016



## Der Verein „Zukunft braucht Bildung e.V.“

Mit der Gründungssitzung am 07.01.2016 und der Eintragung am 07.02.2016 ist das Fundament unseres Vereins gegossen worden und ein Grundstein für Dialoge, Informationsveranstaltungen und weitere Zusammenarbeit mit anderen Organisationen gelegt.

Unter Maßgabe unserer Satzung und des Aufgabengebietes haben wir das Projekt **"3G-Gipfel.de"** beschlossen und tragen im Rahmen dieses Projektes unserer Verantwortung Rechnung.

Der **"3G-Gipfel.de"** zeigt auf, dass die aktuelle Integration desaströs und irreführend gestaltet wurde und wird. Eine Verankerung in Gesetzen hebt - unserer Meinung nach - eine gelebte Grundüberzeugung nicht auf.





Gern können Sie uns auch per Mail unter [ZbB@3g-gipfel.de](mailto:ZbB@3g-gipfel.de) oder bei Facebook aktiv unterstützen und Ihre Meinung und Ansichten mitteilen, welche wir gern aufnehmen und ggf. veröffentlichen.

Im Netz unter:  
[www.3G-Gipfel.de](http://www.3G-Gipfel.de)



## Danke für Ihre Geduld, Ausdauer und das Interesse

Wir hoffen auf Unterstützung – so wie es Ihnen möglich ist.

Sprechen Sie uns an, schreiben Sie uns, auch für konstruktive Kritik sind wir gern bereit.

Zukunft braucht Bildung e.V.  
Der Vorstand